

In dieser nahezu ausweglosen Situation ist es fast einzig den Kirchen zu verdanken, wenn die Weltöffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen im Sudan, die ethnischen Reinigungskampagnen in Kordofan (Nuba) oder das „stille Sterben im Südsudan“ informiert wird, da sich weder die Arabische Liga, die OAU oder Regionalorganisationen wie die IGADD angemessen für die Konfliktlösungen engagieren. Zum einen ist es die *katholische Bischofskonferenz*, die beispielhaft in einem Hirtenbrief am 16. November 1991 über die materiellen und psychologischen Folgen des langjährigen Krieges aufklärte (vgl. Weltkirche 4/1991) oder anlässlich des Ad-limina-Besuchs in Rom am 8. Oktober 1992 über die Lage im Südsudan bzw. anlässlich einer Konferenz in Lusaka im Januar 1993 über die Lage der Vertriebenen (vgl. Weltkirche 1/1993) informierte, ja selbst Vorschläge

zum innersudanesischen Friedensdialog unterbreitete (vgl. Hirtenbrief vom 2. Mai 1993: „Schenkt nur Gehör“, in: Weltkirche, 5/1993).

Zum anderen sind es – abgesehen von der spektakulären und diplomatische Verwicklungen hervorrufenden Reise des Erzbischofs von Canterbury, *George Carey*, Ende Dezember 1993 – die zahlreichen Besuche von Kirchenvertretern (kanadische Kirchen im August 1993; Pax Christi International im Oktober/November 1993; Evangelische Kirche Deutschlands 14.–21.1.1994), die in ihren Heimatländern einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Öffentlichkeit leisten. Leider ohne bislang die Regierungen zu schärferen Maßnahmen veranlassen zu können, obwohl die sudanesischen Staatsführung hier durchaus Sensibilität zeigt.

*Hanspeter Mattes*

## Land ohne Hoffnung

### Für Haiti ist kein Ausweg in Sicht

*Die Macht im karibischen Inselstaat Haiti liegt in den Händen der Militärs, die vor dreieinhalb Jahren den vom Volk gewählten Staatspräsidenten, den ehemaligen Priester Jean-Bertrand Aristide, stürzten. Der unter UN-Vermittlung zustande gekommene Plan einer Rückkehr Haitis zur Demokratie scheiterte, das Engagement der USA zugunsten der Demokratie in dem bitterarmen Land hat inzwischen einer abwartenden Haltung Platz gemacht. Auch die katholische Kirche Haitis weiß keinen Ausweg aus der verzweifelten Situation.*

Haiti, das ärmste Land der westlichen Hemisphäre, ist reich an historischen Jahrestagen. Die meisten dieser Daten sind Gedenktage gescheiterter Hoffnungen, und auch in diesem Jahr gibt es solche Anlässe reichlich. Am 7. Februar jährte sich zum dritten Mal der denkwürdige Tag des Jahres 1991, an dem der junge, charismatische Priester *Jean-Bertrand Aristide* als erster demokratisch gewählter Präsident Haitis sein Amt antrat. Er hatte sich seinerzeit ein historisches Datum für seine Inauguration ausgewählt: Derselbe 7. Februar ist auch der Jahrestag der Vertreibung des Alleinherrschers *Jean-Claude Duvalier*, den ein Volksaufstand im Jahr 1986 verjagte.

Als der wahre Vollender dieses Aufstandes verstand sich *Aristide*. Bei den ersten freien Wahlen seit dem Ende der drei Jahrzehnte währenden *Duvalier-Familien-Diktatur* füllte er nach fünf chaotischen Übergangsjahren das politische Vakuum aus und gewann mit der Unterstützung seiner ungestüm-populistischen Volksbewegung „*Lavalas*“ (Sturmflut) das Präsidentenamt. Der ehemalige Salesianerpater regierte indes im Jahr 1991 nur einen Sommer lang und hatte wenig Chancen, sein Projekt der Demokratisierung und populärsozialistischen Umgestaltung des karibischen Armenhauses zu realisieren: Am 29. September vor nunmehr dreieinhalb Jahren putschten Polizei und Armee unter der Führung des

Generalleutnants *Raoul Cedras* und des Polizeichefs *Michel François*. Die beiden sind seither die starken Männer in Haiti, mit wechselnden Marionettenregierungen an ihrer Hand. Der gestürzte Präsident konnte mit französischer Hilfe ins Ausland fliehen, unter seinen Anhängern wüten seither die Militärs mit brutalen Mord- und Einschüchterungskampagnen.

### Erstes Embargo und Plan zur Rückkehr der Demokratie

Die politische Zeitrechnung Haitis wird seit *Aristides* Vertreibung vor allem von einem Faktor bestimmt: dem Embargo. Die Organisation Amerikanischer Staaten nahm den Putsch von 1991 nicht hin und verhängte umgehend einen Handelsboykott gegen die illegitime Regierung, um die Rückkehr des gewählten Präsidenten zu erzwingen. Das Embargo zeigte zunächst Wirkung. Das Land fiel binnen Monaten vom Status eines sehr armen Landes zurück auf das Niveau eines von ausländischen Hilfslieferungen abhängigen Elendsgebietes. Die Menschen holzten die letzten Bäume ab, um an Brennstoff zu kommen, und die Preise für



das nur noch als Schmuggelware erhältliche Benzin stiegen ins Unermeßliche. Das Elend wurde schließlich so groß, daß die OAS eine gewisse Lockerung des Embargos zuließ. Propangas und Medikamente kamen wieder ins Land. Gleichzeitig sorgte der traditionell gut organisierte und professionell betriebene *Schmuggel* dafür, daß Waren aus der benachbarten Dominikanischen Republik oder von Schiffen außerhalb der Blockadezone den Weg ins Land fanden. Die herrschende Militär-, Zoll- und Polizeiclique verdiente nach einer kurzen Anpassungsphase an den überbezahlten Schmuggelwaren wieder kräftig mit. Das Dilemma war perfekt: Die Gruppe, die getroffen werden sollte, profitierte als einzige von der Handelssperre.

Diese Situation hätte wohl noch auf Jahre stabil bleiben können, wenn nicht im November 1992 in den Vereinigten Staaten *Bill Clinton* die Präsidentschaftswahl gewonnen hätte. Clinton hatte in seinem Wahlkampf Stimmen der großen schwarzen Minderheit in den USA und speziell der rund eine Million Menschen zählenden Gemeinde der Exil-Haitianer mit dem Versprechen gewonnen, er werde Aristide wieder in sein Amt zurückbringen und dem Land zu geordneten Verhältnissen verhelfen. Unter dem Druck der Clinton-Administration wurde denn auch 1993 das Embargo gegen Haiti verschärft. Vor allem wurden die Auslandskonten der Militärführung und ihrer Angehörigen gesperrt.

Der Druck zeigte diesmal bessere Wirkung: Unter amerikanischer und UN-Vermittlung einigten sich am 3. Juli des vergangenen Jahres die Gegenspieler Aristide und Cedras auf einen *Plan zur Rückkehr der Demokratie*. Herzstück dieses nach dem Tagungsort Governor's Island benannten Vertrages war die geordnete Übergabe der Macht in einem Zugum-Zug-Verfahren. Als Belohnung für die Unterschrift unter den Vertrag erreichte Cedras eine Lockerung der Sanktionen, die Vereidigung einer zivilen Regierung unter dem Geschäftsmann *Robert Malval* in New York durch den Exilpräsidenten bewirkte schließlich sogar die Aufhebung des Embargos.

Alles schien sich zum Guten zu wenden. Der damals noch neue Präsident Clinton und der dynamische UN-Generalsekretär *Boutros Ghali* waren voller Optimismus, was die Fähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft zur Konfliktregelung angeht. Das Debakel von Somalia stand noch aus, es schien, als könnten die Vereinten Nationen mit der nötigen Entschlossenheit beinahe jeden Konflikt lösen.

Inzwischen rückt der erste Jahrestag des Abkommens von Governor's Island näher, und der Optimismus jener Tage ist bereits Geschichte. Statt dessen halten weiterhin Cedras und François die Macht in Händen. Es gelang ihnen, die US-Regierung und die UN auszutricksen. Mit Nachforderungen zum Abkommen von Governor's Island unterbrach Cedras im Herbst 1993 die schrittweise Machtübergabe an Aristide. Ministerpräsident Malval und andere Mitglieder der in den USA vereidigten Exekutive wurden systematisch daran gehindert, im Land ihre Funktionen auszuüben. Einigen wurde der Einzug in ihre Diensträume verwehrt, andere, wie Justiz-

minister *Antoine Izmerly*, wurden von FRAPH-Banden öffentlich ermordet. Der vereinbarte Termin für die Rückkehr Aristides rückte näher, doch die Chancen für eine tatsächliche Machtübergabe schrumpften von Tag zu Tag.

In dieser angespannten Lage versuchten die Vereinten Nationen, noch einmal zu demonstrieren, daß sie entschlossen waren, an dem Plan von Governor's Island festzuhalten. Das Kriegsschiff „Harlan County“ mit einigen hundert amerikanischen und kanadischen Soldaten an Bord wurde nach Port-au-Prince geschickt. Die Soldaten hatten den Auftrag, Polizei und Armee Haitis „bei der Professionalisierung zu helfen“. In der Praxis hätte dies bedeutet, daß sie das Morden der bewaffneten Banden unterbinden sollten. Doch aus der Landung wurde nichts. Bewaffnete Parteigänger Cedras', zusammengeslossen unter dem Namen FRAPH (Front pour l'Avancement et le Progrès Haïtien) hinderten am 17. September 1993 die verunsicherten nordamerikanischen Soldaten an der Landung im Hafen.

---

### Amerikanisches Umdenken zugunsten eines „dritten Weges“

---

Die Aktion war für Cedras ein politisches Pokerspiel mit hohem Einsatz. Wären die Amerikaner gelandet und hätten womöglich weitere Truppen ins Land gebracht, wäre ein weiterer Widerstand der haitianischen Streitkräfte sinnlos gewesen. Doch die „Harlan County“ drehte unverrichteterdinge ab, die UN waren blamiert. Die siegreiche FRAPH ist seither der politische Arm der militärischen Führung. Ihr gehören auch die sogenannten „Attachés“ an, jene bewaffneten Banden, die den Sicherheitskräften die Arbeit des Mordens an politischen Gegnern abnehmen. Die FRAPH war es denn auch, die am gleichen Tag den UN-Sonderbeauftragten *Dante Caputo* und die Delegation der OAS per Ultimatum aus dem Land jagte. Ihr Führer Cedras ging gestärkt aus der Auseinandersetzung mit den UN hervor.

Seit dem 17. September 1993 scheint die Clinton-Regierung überzeugt, daß eine Lösung gegen Cedras und die Streitkräfte schlechterdings nicht möglich ist, während gleichzeitig ihr Engagement für die Sache Aristides merklich schwächer wird.

Als der vertraglich vereinbarte Tag für die Rückkehr des Präsidenten, der 30. Oktober, ergebnislos verstrichen war, wurde zwar das Embargo wieder in Kraft gesetzt, auf einen neuen Anlauf Washingtons zur Lösung der Krise wartete man indes vergebens. Letzter Akt des Trauerspiels um den Vertrag von Governor's Island war der Rücktritt von Ministerpräsident Malval, der sich in den letzten Tagen seiner Amtszeit noch vergeblich um eine Vermittlungsinitiative des Vatikans für Haiti bemühte.

Seither kocht das Thema Haiti in der internationalen Politik auf kleiner Flamme. Bei der von Aristide einberufenen Haiti-Konferenz in Miami im Januar dieses Jahres war Washington lediglich durch Sonderbotschafter Pezullo vertreten.



Vollmundige Solidaritäts- und Unterstützungszusagen an Aristide blieben diesmal aus. Die Forderung Aristides, seine Rückkehr bis zum 7. Februar, dem ominösen Datum seines ersten Amtsantritts zu erzwingen, wies US-Außenminister *Warren Christopher* als „unrealistisch“ zurück. Anfang März unterstützte die US-Außenpolitik offen die Option eines „dritten Weges“, wie sie von einer Abgeordnetenmehrheit im haitianischen Parlament gefordert wurde. Vorgesehen ist darin die „Rückkehr Haitis zur Demokratie“, eine abgesicherte Generalamnestie für die Sicherheitskräfte und Neuwahlen, die vermutlich ohne Aristide stattfinden würden, da dieser sich nicht zurück ins Land trauen wird. Der glücklose Exilpräsident ist unterdessen weiterhin rastlos unterwegs, um Unterstützung zu mobilisieren. Vor allem Frankreich und Kanada unterstützen ihn weiterhin vorbehaltlos. Doch der Schlüssel für karibische Krisen liegt nun einmal in Washington, und von dort ist vorerst nicht viel zu erwarten.

Der Umschwung in der amerikanischen Haiti-Politik kommt nur auf den ersten Blick überraschend. Er ist jedenfalls nicht, wie in der Tagespresse gelegentlich zu lesen war, einzig und allein den Manipulationen des Geheimdienstes CIA zuzuschreiben, der immer wieder gezielt Meldungen über einen angeblich verwirrten Geisteszustand Aristides lanciert hat und damit Clinton veranlaßte, von Aristide abzurücken. Die Wurzeln des Gesinnungswandels liegen tiefer. Um sie zu verstehen, ist ein Blick in das *weltpolitische Umfeld*, aber auch in die *Geschichte* notwendig. So hängt etwa das blamable Scheitern der „Harlan County“-Mission unmittelbar mit der Somalia-Erfahrung der US-Truppen zusammen. Kurz zuvor waren nämlich in dem ostafrikanischen Land amerikanische Soldaten zu lebenden Zielscheiben von Rebellenruppen geworden. Clinton stand just in diesem Moment unter dem Druck einer anti-interventionistischen Stimmung in der Bevölkerung, die nicht einsehen wollte, warum „ihre Jungs“ für barbarische fremde Völker den Kopf hinhalten sollen. Ein zweites Somalia hatten Cedras und François den Amerikanern versprochen, falls sie in Port-au-Prince landeten. Die Drohung allein genügte.

Hinzu kommt die historische Erfahrung der Amerikaner mit Interventionen in Haiti. Von 1915 bis 1934 hatten US-Marines Haiti schon einmal besetzt. Damals ging es darum, im amerikanischen Interesse Ordnung und Stabilität in dem von Putsch und Revolten gebeutelten Staat zu schaffen. Am Ende der Intervention waren 13 000 Haitianer im Kampf gegen die Besatzer gefallen, und die Marines verließen ruhmlos das Land. Seither wechselten blutig-diktatorisch regierende Präsidenten, meist mit amerikanischer Unterstützung, einander ab. Die Quintessenz der Erfahrungen Washingtons mit dem fremdartigen karibischen Nachbarland lautet, daß man dort bestenfalls ein wenig Stabilität auf Kosten der Menschenrechte erreichen kann. Die Alternative dazu ist ein zyklisch wiederkehrendes bürgerkriegsähnliches Chaos, wie es die zweihundertjährige Geschichte des Landes in der Zeit zwischen den Diktaturen immer wieder kennzeichnete.

Da Haiti wirtschaftlich ohnehin uninteressant ist, zählen für die USA nur die *Flüchtlinge*, die meist auf Booten die Küste von Florida erreichen. Inwieweit es gelingt, diesen Strom einzudämmen, ist für Washington die einzige meßbare Größe für den Erfolg amerikanischer Haiti-Politik. Als Clinton sein Amt antrat, versprach er, die Fluchtursachen zu beseitigen, indem er Aristide und die Demokratie zurückbringen werde. Die Politik seines Vorgängers Bush, die Boat-People aus Haiti im Meer abzufangen und zurückzubringen, setzte er vorübergehend aus. Mittlerweile wird sie unvermindert fortgesetzt – auch dies ein Indiz für eine an den tatsächlichen Machtverhältnissen orientierte Wendung der Clinton-schen Haiti-Politik.

### Aristide ist derzeit ohne Fortüne

Für Exilpräsident Aristide bedeutet der neue Kurs in Washington das Scheitern der politischen Strategie, auf die er seit dem Wahlsieg Clintons alle Energien konzentriert hat. Mit Hilfe einer renommierten amerikanischen Agentur für Public Relations hatte er es geschafft, sein Image in der politischen Öffentlichkeit Washingtons aufzupolieren. Auch nach dem Scheitern der „Harlan County“ galten ihm die Sympathien in der Presse und im demokratisch dominierten US-Repräsentantenhaus. Selbst die Veröffentlichungen über seinen Geisteszustand verstanden seine Berater in politisches Kapital umzumünzen, da Aristide nun abermals in der Rolle des Opfers – diesmal der CIA – erschien. Umgekehrt verstanden es die von seinem engsten politischen Weggefährten, dem Spiritanerpater *Gérard Saint-Juste*, hervorragend organisierten Exilgruppen der Lavalas-Bewegung, alle Meinungsäußerungen von Exil-Haitianern in den USA und in Kanada zu unterbinden, die dem Präsidenten gegenüber kritisch eingestellt sind.

Doch während er in Washington und Ottawa die Schlacht um die Köpfe gewann, überschätzte er seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik in seiner Heimat beträchtlich. Er versuchte vergeblich, mit Ultimativen Parlaments-sitzungen in Port-au-Prince zu erzwingen, damit seine im Exil konstituierte Regierung endlich die Amtsgeschäfte im Lande übernehmen könnte. Derweil setzten Polizei und Armee ihre Unterdrückung unbehindert fort. Die Opposition wurde durch politische Morde einerseits und durch die andauernde Flucht ihrer politischen Köpfe ins Exil stetig weiter geschwächt. Die integrierende Kraft Aristides für die demokratische Oppositionsmehrheit Haitis hat unter dem Scheitern des Governor's-Island-Abkommens und den Auswirkungen von zwei harten Embargo-Wellen bei der Bevölkerung einiges eingebüßt.

Radikale Lavalas-Anhänger hatten die Verhandlungen Aristides mit dem Putschistenführer Cedras von Anfang an als einen Pakt mit dem Teufel mißbilligt. Sie sehen sich durch die taktischen Zwischen-Erfolge der Putschisten seit dem Abkommen in ihrer Kritik bestätigt. Auch das gewandelte



Verhalten der US-Regierung ist Wasser auf ihre Mühlen. In jüngster Zeit taucht in den Lavalas-Mitteilungen die Losung auf, die Hoffnungen auf internationale Lösungen mit Hilfe der UN oder der OAS zu begraben und statt dessen auf den bewaffneten Kampf zu setzen. Auch Präsident Aristide wird dabei kritisiert, weil er zu wenig offensiv sei und zuviel Vertrauen in die US-Regierung gesetzt habe. Als warnendes Fanal dieser Strömung ist auch der Ende Dezember 1993 verübte Mord am Schatzmeister der FRAPH, *Issa Paul*, zu verstehen. Er zeigt, daß auch das populäre Lager zu Gewalttaten bereit ist, wenn ein anderer Lösungsweg versperrt bleibt.

Am anderen Ende des Oppositionslagers haben sich moderate Kräfte wie der ehemalige Ministerpräsident Malval von Aristide distanziert, weil dieser sich nicht in der Lage zeigte, das Abkommen zu retten. Malval ist wie die meisten der nicht allzu zahlreichen Geschäftsleute Haitis zwar ein entschiedener Gegner der korrupten militärischen Clique, gleichzeitig jedoch hält er den Kurs Aristides, auf Biegen oder Brechen wieder an die Macht zu gelangen, für schädlich. Daß der Präsident die Verschärfung des Embargos gegen sein Land fordert, obwohl die Versorgung mit Medizin und Nahrungsmitteln mittlerweile mehr als kritisch ist, können die Mitglieder des schmalen haitianischen Mittelstandes nicht nachvollziehen. Sie setzen auf ein Ende des Embargos und eine nationale Versöhnungskonferenz, zu der Malval im Dezember in den letzten Tagen seiner Amtszeit aufgerufen hat. Um dieser Haltung Ausdruck zu verleihen, riefen sie am 28. Januar einen zweiwöchigen Generalstreik aus.

Die Position der Unternehmer deckt sich mit derjenigen der Mehrzahl der *katholischen Bischöfe* Haitis. Die sich zuspitzende Verelendung und der sinkende politische Einfluß Aristides geben ihnen Gelegenheit, sich wieder zu Wort zu melden. In ihrer Weihnachtsbotschaft sprachen sie von Tausenden von Kindern, die aufgrund des Embargos vom Tod durch Hunger und Krankheiten bedroht seien. Auch wenn politische Sanktionen gerechtfertigt seien, sei das Embargo

gegen Haiti doch kein Weg, die Probleme des Landes zu lösen, lautete das Fazit der unmißverständlichen Botschaft. Unterstützung erfuhren die Bischöfe durch den Essener Weihbischof *Franz Grave*, der als Chef des Hilfswerkes Adveniat das Land im Februar besuchte. Nach seiner Rückkehr schilderte er vor der Presse die Elendszustände in Haiti in drastischen Bildern und rief ebenfalls zu einem Ende des Embargos auf. Ob allerdings die Haltung der katholischen Hierarchie irgendeinen Einfluß auf die Lösung der Krise haben wird, ist zweifelhaft. In weiten Teilen der Bevölkerung ist die Kirche noch immer diskreditiert, weil der Vatikan das Putschistenregime als einziger Staat formell anerkannt hat. Außerdem ist die Kirche in dem vom Voodoo-Kult geprägten Volk nach wie vor nicht wirklich verwurzelt. Die Rolle einer unumstrittenen Autorität jenseits der politischen Lager, wie sie der Kirche in vielen lateinamerikanischen Ländern zukommt, kann sie in Haiti nicht ohne weiteres übernehmen.

Ein Ausweg aus der schier endlosen Krise des geplagten Landes in der Karibik ist nicht in Sicht: Putschgeneral Cedras und Exilpräsident Aristide sorgen als politische Antagonisten dafür, daß es kein Fortkommen gibt. Nach dem Rücktritt Malvals im Dezember gab es nicht einmal mehr eine nominelle Regierung im Land. Der institutionelle, wirtschaftliche und ökologische Verfall des Landes schreitet immer weiter voran. Augenzeugen berichten, daß selbst innerhalb der Sicherheitskräfte Rivalitäten und Bandenbildung voranschreiten, so daß auch bei der politischen Rechten der Ruf des Putschgenerals Cedras als eines mit harter Hand durchgreifenden „Retters des Vaterlandes“ angekratzt ist. Die USA spielen unterdessen auf Zeit. Hoffnungen der Lavalas-Anhänger auf Hungerrevolten sind nicht sehr vielversprechend, da diese von den gut bewaffneten Truppen niedergeschlagen werden können. Die Lage ist so verzweifelt, daß seit einigen Monaten sogar Gerüchte über eine bevorstehende Rückkehr des gestürzten Jean-Claude Duvalier aus dem französischen Exil in Haiti die Runde machen.

Ludwig Ring-Eifel

## Kurzinformationen

### Mahnungen Johannes Pauls II. beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten

Der letzte Staatsbesuch seiner Amtszeit als Bundespräsident führte *Richard von Weizsäcker* am 3. März in den Vatikan. Dabei würdigte Johannes Paul II. das deutsche Staatsoberhaupt

als ersten Bundespräsidenten aller Deutschen: Er habe als überzeugter Christ und durch seine Haltung als Staatsmann ein „beredtes Zeugnis dafür gegeben, daß gesellschaftliches und politisches Handeln ohne Rückbezug auf eine höchste Autorität Gefahr läuft, aus der Verankerung zu geraten und seine unabdingbare und existentielle Rückbindung zu verlieren“. Jo-

hannes Paul II. bezeichnete es als Aufgabe der Kirchen wie auch aller verantwortlichen Kräfte in Staat und Gesellschaft, die „Rolle des Identitätsstifters“ angesichts fehlender Orientierungshilfen und geistiger Heimatlosigkeit zu übernehmen. Im öffentlichen Leben gelte es großen und gefährlichen Versuchungen zu widerstehen: „Die Debatte über den Lebensschutz